Jeden Tag nach Hause.
Willkommen an Bord.
There's no better way to fly.
Lufthansa
A STAR ALLIANCE MEMBER

Argentinisches Tageblatt

Jeden Tag nach Hause.
Willkommen an Bord.
There's no better way to fly.
Lufthansa
A STAR ALLIANCE MEMBER

Sonnabend, 4. September 2004 115. Jahrgang Nr. 31.474

Linksnationalistische Randale

"Quebracho"-Aktivisten protestierten gegen den Besuch von Rato

Buenos Aires (AT/AG) - Während des Besuchs des neuen Direktors des Internationalen Währungsfonds (IWF), Rodrigo Rato, am Dienstag in Buenos Aires kam es zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen den Mitgliedern der linksextremistischen Organisation "Quebracho" und der Polizei. Vor dem Wirtschaftsministerium auf Plaza de Mayo provozierten die Demonstranten das erste große Eingreifen der Polizei während der Regierungszeit von Präsident Néstor Kirchner. Tränengas und Wasserwerfer wurden eingesetzt, 108 Personen wurden festgenommen, es gab 28 Verletzte.

Protestaktionen gegen den Besuch von Rodrigo Rato begannen bereits am frühen Dienstagmorgen. Vor dem Banco Francés auf der Hauptstraße Corrientes explodierten Sprengsätze, die das Gebäude beschädigten. Ähnliches wurde im Schnellrestaurant McDonald's im Stadtteil Caballito versucht, doch gelang es der Polizei rechtzeitig die Explosion zu verhindern.

Die Fortsetzung der Proteste fand um 7 Uhr statt, als 20 Mitglieder der Gruppierung namens "Martín Fierro" in das Hotel "Sheraton" eindrangen, in dem sich Rodrigo Rato aufhielt. Die Demonstranten forderten, Argentinien solle seine Auslandsschulden nicht zurückzahlen und die Verhandlungen mit den USA über die Bildung einer Freihandelszone abbrechen. Eine weitere Gruppe der Demonstranten zogen zur Zentral-Bank, in der sich der Bankdirektor Alfonso Prat-Gay mit dem Vertreter des IWF, Anoop Singh, zusammentreffen wollte.

Die Gewaltwelle entlud sich um die Mittagszeit auf der Plaza de Mayo, auf der zur selben Zeit etwa 2000 Mitglieder verschiedener radikaler Piquetero-Organisationen vor dem Regierungspalast gegen die Haft ihres Führers Raúl Castells protestierten. Noch bevor die Polizei ihre Aufmerksamkeit von den Piqueteros auf die "Quebracho"-Aktivisten richten konnte, wurden die Mauern des Wirtschaftsministeriums mit IWF-feindlichen Sprüchen besprüht. "Vaterland oder Tod" stand auch dabei. Dazu bewarfen die Linksextremisten das Ministerium, in dem sich Rodrigo Rato zu einem Gespräch mit Wirtschaftsminister Roberto Lavagna aufhielt, mit Steinen und Sprengsätzen.

Die Polizei reagierte unverzüglich mit dem Einsatz von Gummiknüppeln, Tränengas und Wasserwerfern. Gegen die "Quebracho"-Mitglieder wandten sich auch die "harten" Piqueteros, die den militanten Extremisten die Vereitelung ihres Treffens mit dem Innenminister Aníbal Fernández übelnahmen, welches gerade ausgehandelt wurde. Die Randalierer flohen über die Straßen Avenida de Mayo und Diagonal Norte und versuchten, durch die U-Bahn-Stationen zu entkommen. Dort wurden sie von der Polizei festgenommen.

Rund hundert der Festgenommenen wurden bereits am Mittwoch freigelassen. Für Freitagnachmittag wurde eine Demonstration der "Quebracho"-Aktivisten, unterstützt vom Nationalen Piquetero-Block, der Bewegung Arbeitsloser Arbeitnehmer Aníbal Verón (CTD), der Klassenbewussten Kampfbewegung (CCC) u. a., angekündigt, um die Freilassung aller "sozialen Kämpfer" zu fordern.

Rücktritt von Adolfo Vázquez

Der vorletzte Menemist verlässt den Obersten Gerichtshof

Buenos Aires (AT/AG) - Am Dienstag trat Adolfo Vázquez, gegen den bereits ein politisches Verfahren eröffnet wurde, offiziell von seinem Amt als Richter des Obersten Gerichtshofes zurück. Damit verlässt ein weiterer Vertreter der sogenannten "automatischen Mehrheit", der Ex-Präsident Carlos Menem nahestehenden OGH-Mitglieder, sein Amt. Präsident Néstor Kirchner wird demnächst den vierten Richter seiner Amtszeit für das Oberste Gericht vorschlagen.

Am Mittwoch stand im Senat die Anklage von Adolfo Vázquez durch die Abgeordnetenkammer an, vertreten durch eine Kommission unter der Leitung von Ricardo Falú, einem justizialistischen Politiker aus Tucumán. Vorgeworfen wird dem Ex-Richter, nicht die Qualifikation für das Amt gehabt zu haben, welches er lediglich der Freundschaft mit Carlos Menem zu verdanken hätte. Seine Anklage bezieht sich auf Fehleinschätzungen in verschiedenen Verfahren, und insbesondere auf den Meller-Fall, bei dem das Unternehmen die Erlaubnis erhielt, vom Staat 29 Mio. Pesos einzufordern, um die Schuld für den Druck von Telefonbüchern abzudecken.

Nach der Bekanntmachung des sich anbahnenden Prozesses schlug Adolfo Vázquez den Kurs des Widerstandes ein. Er beschuldigte den Obersten Gerichtshof, ihn ausbooten zu wollen, wandte sich in der Öffentlichkeit gegen den Vositzenden des Obersten Gerichtshofes, Enrique Petracchi, und erklärte, dass hinter der Kampagne gegen ihn der Staatspräsident stehe, der die Richter austauschen wolle. Das Attentat, das ihn angeblich dazu bewegen sollte, sein Amt zu verlassen, und seine Bitte um Asyl in Uruguay wurde von den Medien aufgebauscht, man begegnete dem jedoch allseits mit Ironie.

Da man im Obersten Gerichtshof weitere Skandale befürchtete, wurde diese Woche die Dienstagssitzung suspendiert. Am selben Tag kündigte Vázquez seinen Rücktritt an, was von seinen Kollegen mit Erleichterung aufgenommen wurde. "Ich will kein Risiko eingehen bei den Drohungen, die meine Familie bekommen hat", begründete er seinen Rücktritt.

Präsident Néstor Kirchner akzeptierte die Niederlegung des Amtes. Der eventuelle Kandidat auf die vakante Stelle ist noch nicht bekannt, jedoch muss der Staatspräsident ihn im Laufe von 30 Tagen nominieren. Währenddessen hat die Kommission für politische Verfahren bei der Abgeordnetenkammer bereits ein neues Opfer ins Visier genommen. Gegen den letzten Vertreter der "automatischen Mehrheit", Antonio Boggiano, der den berüchtigten Meller-Fall ebenfalls unterschrieben hat, wird in den nächsten Wochen ermittelt.

Eine neue Arbeitskultur schaffen

Regierung entwickelt ein Programm für gemeinnützige Arbeit

Buenos Aires (AT/AG) - Die in den letzten Wochen massiv bekundeten Forderungen der demonstrierenden arbeitslosen Piqueteros, neue Arbeitsstellen zu schaffen, lösten in der Regierung eine intensivere Beschäftigung mit der heiklen Frage aus. Ein besonderer Schwerpunkt wird bei der Suche nach einer Lösung für die enorme Arbeitslosigkeit auf die Beschäftigung junger Menschen gelegt.

Die bisher verfolgte Beschäftigungspolitik, durch die Unternehmensgründungen und Genossenschaften gefördert werden, wird nun von der Regierung als unzureichend erkannt. Im Jahre 2007 würde man damit nicht mal ein Viertel der insgesamt 4 Mio. Arbeitslosen erreichen, gab ein Staatssekretär zu.

Als paradox gilt, dass angesichts der wachsenden Nachfrage an Arbeitskräften, die die im Aufschwung befindliche Wirtschaft fordert, nicht die benötigte Menge an qualifizierten Arbeitskräften zur Verfügung steht. Ein noch viel größeres Problem sind jedoch die 1,6 Mio. Arbeitslosen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren, die als Zeitbombe angesehen werden. Ausgeschlossen von der Arbeitskultur, da sie ihre Eltern nie zur Arbeit gehen gesehen haben, entwickeln sie selber kein Arbeitsbewusstsein.

Um dem abzuhelfen, begann die Regierung mit den ersten Entwürfen zu einem umfangreichen Programm, das Beschäftigungsmöglichkeiten im öffentlichen Sektor erschließen soll. Das Programm wird sich an unqualifizierte Arbeitskräfte richten, in erster Linie an junge Menschen, um sie nach und nach in den Arbeitsprozess einzubinden. Einzelne Projekte sehen konkrete Aufgaben in Bereichen vor, wo es an Arbeitskräften mangelt, z. B. bei der Ausbesserung der Straßen in ländlichen Gegenden oder bei Flusssäuberungen. Darüber hinaus wird im Verteidigungsministerium gerade ein Plan analysiert, 25.000 neue Freiwillige einzuziehen, um sie für die Zeit zu beschäftigen, bis ihnen eine Möglichkeit der gemeinnützigen Arbeit angeboten wird.

Obwohl die im Sozialministerium unter der Leitung der Ministerin Alicia Kirchner entwickelten Programme "Hände an die Arbeit" und "Einbeziehen" nicht die Gesamtbedürfnisse abdecken, werden sie für einen wichtigen Schritt nach vorne gehalten. Nach dem ersten Programm werden 250.000 Personen in Genossenschaften und Unternehmen mit staatlicher Hilfe beschäftigt, es wurden bereits 20.000 Unternehmen gegründet. "Einbeziehen" wird nach der Unterzeichnung der Verträge mit Provinzen voraussichtlich den 100.000 jungen Menschen, die weder studieren noch arbeiten, eine Arbeitsmöglichkeit anbieten.

WOCHENÜBERSICHT

Mindestlohn

Der Mindestlohn wird von 350 Pesos auf 450 angehoben, einigten sich am Donnerstag nach langen Verhandlungen die im Rat für den Mindestlohn tätigen Vertreter der Unternehmer und der Arbeitnehmer. Ab diesem Monat werden etwa 1,7 Mio. Arbeitnehmer von dieser Maßnahme profitieren und einen um 28,5 % höheren Lohn bekommen. Damit nahm man den Vorschlag der Regierung als Kompromiss an. Die Arbeitnehmer verlangten ursprünglich 500 Pesos Mindestlohn, die Unternehmer bestanden auf 400 Pesos.

Greenpeace-Protest

Argentinische Botschaften in verschiedenen Ländern bekommen Protestbriefe der jeweiligen Greenpeace-Organisationen wegen der Festnahme von neun Umweltaktivisten in der Provinz Salta. Argentinische Greenpeace-Mitglieder wurden in der Nacht vom Montag aufgrund einer Klage des Unternehmens Desdeelsur S.A. wegen Betretens von Privatgelände verhaftet. Die Umweltorganisation suchte das Grundstück auf, um zu überprüfen, ob das Unternehmen unerlaubte Waldabholzungsarbeiten durchführt.

Richtige Sicht

In allen Schulen der Stadt Buenos Aires werden bei den Schülern der ersten Klasse die Augen kontrolliert. Adriana González, Leiterin des Programms "Gesundheit in der Schule", erklärte, dass ein Team von Augenärzten durch die Schulen geht und die Schüler der ersten Klasse sowie diejenigen, bei denen die Lehrer Sehprobleme entdeckt haben, auf die richtige Sehschärfe untersucht. Schüler mit Sehproblemen werden mit benötigten Sehhilfen versorgt, die von den Optikern des Bildungsamtes hergestellt werden.

Schadensersatz

Am Montag ist das Gesetz in Kraft getreten, nach dem die Kinder der Verschwundenen, die im Gefängnis geboren oder als Minderjährige im Gefängnis festgehalten worden sind, Schadensersatz bekommen. Staatspräsident Néstor Kirchner unterschrieb die Verordnung am Donnerstag vergangener Woche. Am selben Tag wurde dies im Regierungspalast einer Delegation der Organisationen "Großmütter von Plaza de Mayo", "Mütter von Plaza de Mayo" und der Gruppierung "Kinder" bekanntgegeben. Die Zahlungen betragen von 70.000 Pesos bis 119.000 Pesos bei schweren Verletzungen und 140.000 Pesos im Todesfall.

Letzte Selknam

Am Montag ist die letzte direkte Nachfahrin der auf nördlichem Feuerland ansässig gewesenen Selknam gestorben. Enriqueta Gastilumendi war das jüngste Kind von María Felisa Cusanchi, einer Selknam bzw. Ona, wie der Jägerstamm von den Europäern genannt wurde. Die 1949 verstorbene Mutter der Autodidaktin Bildhauerin, deren Holzarbeiten unter anderem im Museum "Ende der Welt" aufbewahrt werden, ist ihrer Kultur noch sehr verhaftet gewesen und konnte nur wenige Worte Spanisch.

Che bleibt in Kuba

Der älteste Sohn des argentinischen Nationalhelden Ernesto "Che" Guevara lehnte die Überführung der Überreste seines Vaters nach Argentinien ab. Der in Havanna lebende 42jährige Camilo Guevara teilte den Wunsch seiner Familie mit, dass sein Vater in Kuba bleibe. "Es tröstet uns zu wissen, dass dieses Volk, das Che so geliebt hat und aus dem er kommt, seine Arme öffnet und ihn als den verlorenen Sohn betrachtet", sagte Camilo Guevara. Doch sein Vater werde als einer der am meisten geliebten Helden in Kuba gut beschützt.

Hafenstreik

Die in der Hafengewerkschaft organisierten Arbeitnehmer und die Arbeitslosenorganisationen protestierten am Donnerstag auf drei Hafenterminals in Buenos Aires. Sie blockierten den Hafen und verlangten die Wiederverstaatlichung, die Legalisierung der angeblich vorhandenen Schwarzarbeit und die Schaffung von 600 neuen Arbeitsplätzen. „Präsident Néstor Kirchner sollte wissen, dass es hier eine Menge Arbeit gibt", sagte der Gewerkschaftschef.

3. Oktober

Tag der Deutschen Einheit

Zum 14. Jahrestag der Wiedervereinigung erscheint das Argentinische Tageblatt mit einer umfangreichen Sonderausgabe. Sie wird Artikel zur Geschichte und Kultur Deutschlands enthalten und die schönsten Ecken des Landes vorstellen. Die Sondernummer erscheint am Samstag, dem 2. Oktober.

Anzeigen:
avisosat@fibertel.com.ar
Tel: 4325-7150 Fax: 4328-8536

Das Gewissen der Nation

Nach fünf Monaten berief Ing. Juan Carlos Blumberg am 26. August zum dritten Mal einen Massenauflauf vor dem Kongresspa-last ein. Der Aufruf des Vaters von Axel Blumberg, der im März entführt und ermordet wurde, erwies sich abermals als ein Öffentlichkeitserfolg mit angenommenen 100.000 Teilnehmern, die meisten mit brennenden Kerzen in den Händen.

Niemand kam zu Schaden wie bei Kundgebungen zahlreicher Aktivisten, die öffentliche Plätze verschmutzen, Fassaden bekritzeln und gelegentlich Kaufläden überfallen. Zum dritten Mal gelang es Blumberg, seine Anhänger zu überzeugen, dass nur im Rahmen der Gesetze Petitionen eingereicht werden dürfen. Seine Rede vor der Masse war gemässigt und konzentrierte sich auf die Forderungen, dass die Sicherheit der Bevölkerung garantiert werden muss, indem die Polizei und die Justiz grundlegend reformiert werden.

Blumberg reichte eine Petition mit 39 konkreten Forderungen im Kongress ein, wo er von den Vorsitzenden beider Kammern, Vizepräsident Daniel Scioli und Eduardo Camaño, sowie von den Fraktionsvorsitzenden der regierenden Justizialisten, Miguel Angel Pichetto und José María Díaz Bancalari, empfangen wurde. Die Parlamentarier übergaben Blumberg eine Mappe mit den Gesetzen, die seit seinem ersten Aufmarsch im Sinn der damaligen Petition erlassen worden sind, ein deutliches Zeichen des Erfolges für Blumberg, der den Parlamentariern offensichtlich Beine gemacht hatte.

Nach dem Aufmarsch vor dem Kongress begab sich Blumberg zum Haus der Provinz Buenos Aires, wo er mit Gouverneur Felipe Solá sprach, der auch im Fernsehen und im Rundfunk Rede und Antwort steht. Sein Sicherheitsminister León Arslanián reagierte indessen anders, als er Blumberg unterstellte, dass dieser Präsident Kirchner schone und die Provinzregierung angreife, weil die Nationalregierung seine Stiftung Axel finanziere und ihm Polizeischutz gewähre. Arslanián wich der Kritik Blumbergs wegen mangelnder Sicherheit in der Provinz Buenos Aires mit dieser politischen Attacke aus, obwohl er einige konkrete Erfolge melden konnte. Sie gingen im Trubel des politischen Zwischenfalls unter. Blumberg dementierte die angebliche Finanzierung seiner Stiftung durch die Nationalregierung. Exjustizminister Béliz hatte ihm Polizeischutz gewährt.

Der dritte Aufmarsch Blumbergs erwies sich als deutlich politisiert, anders als die beiden vorherigen Kundgebungen, die nur die Sicherheit im Visier hatten. Blumberg fürchtet um sein Leben, kritisiert seine Gegner in den Medien und in Ämtern, die sich bemühten, die Kundgebung herunter zu spielen und möglichst zu verhindern, was deutlich misslang. Seine Kritik an den Organisationen der Menschenrechte, dass sie nur die Delinquenten schützen und die Rechte anderer Menschen übersehen, darunter die seines ermordeten Sohnes Axel, erboste seine Gegner.

Vom linken Spektrum der argentinischen Politik wurde Blumberg scharf als angeblich rechtsextremer Politiker kritisiert. Hebe Bonafini, Vorsitzende der sogenannten Mütter der Plaza de Mayo, die die Attentate gegen die Newyorker Hochhäuser und das Pentagon vom 11. September 2001 gelobt hatte, verleumdete Blumberg als Nazi, ebenso wie eine Inschrift an der Fassade der Kathedrale. Andere linkslastige Kommentatoren wie Horacio Verbizky und Eduardo Aliverti stuften Blumberg ins rechte politische Lager ein, dem sie einen Klassengeruch zumuteten.

Blumberg hatte sich auf vorherige Angriffe, angeblich rechtskonservativ zu sein, selber als ein Mann der Mitte mit sozialem Einschlag definiert. In seinen neuesten Petitionen gab er dem Wunsch zahlloser Mitläufer statt und forderte die Abschaffung der sogenannten Bettlakenlisten ("listas sábana") und die Einführung der elektronischen Stimmabgabe. Letztere ist rein technisch, wogegen die Kandidatenlisten derzeit das Herz der politischen Reform sind, wie sie dem Innenminister Aníbal Fernández vorschwebt, der die Listen auf zwei Drittel der Kandidaten beschränkt, damit ein Drittel je Wahlkreis gewählt werden soll. Präsident Kirchner hat hierzu noch nicht Stellung bezogen.

Indem der jüngste öffentliche Auftritt Blumbergs von den Medien ausführlich berichtet wurde, gewann die Politisierung der Forderungen nach mehr Sicherheit mit Reformen der Polizei und der Justiz an Stellenwert in der Öffentlichkeit. Blumberg lehnt nach wie vor seinen Eintritt in die aktive Parteipolitik als Kandidat für ein Wahlamt entschieden ab, das ihm stets in Fragen unterstellt wird.

Hingegen bestand Blumberg in seiner Rede vor dem Kongress darauf, dass die Demokratie zu achten ist und dass nächstes Jahr Wahlen abgehalten werden. Ebenso wie Blumberg vor einigen Wochen 41.000 Eingaben gegen die Nominierung der Deputierten María del Carmen Falbo als Chefstaatsanwältin der Provinzregierung der Provinz Buenos Aires sammeln konnte, ohne freilich die Ernennung dieser Politikerin für ein juristisches Amt zu verhindern, mag er im kommenden Jahr die Kandidatenlisten für Wahlämter in den Parlamenten der Nation, der 24 Gliedstaaten und der 2.100 Gemeinden kritisch unter seine Lupe nehmen. Schwarze Flecken auf angeblich weisse Westen dürften nach einer Kritik Blumbergs peinliche Auswirkungen für solche Kandidaten haben, die bisher in den Bettlakenlisten als "ferner liefen" untergingen. Blumberg kann dann seine Rolle als Gewissen der Nation zur Säuberung der argentinischen Politik einsetzen.

AMIA-Prozess beendet

Buenos Aires (AT/AG) - Der drei Jahre währende Prozess gegen die mutmaßlichen Helfer des Attentats auf das jüdische Hilfswerk AMIA fand am Donnerstagabend seinen Abschluss mit einem bereits erwarteten Ergebnis. Davon ausgehend, dass der Staat versucht hatte, um jeden Preis Verantwortliche für das Attentat zu finden und ohne genaue Untersuchung 22 Menschen in Haft setzte, wurden am Donnerstag der Automechaniker Carlos Telleldín, vier Polizisten Juan José Ribelli, Raúl Ibarra, Mario Bareiro und Anastasio Leal sowie weitere 17 Personen aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

Die Richter Miguel Pons, Gerardo Larrambebere und Guillermo Gordo erklärten allein aus formellen Gründen einen Teil des Verfahrens für nichtig, da es auf eine gesetzwidrige Art und Weise eingeleitet wurde. Wegen verschiedener Straftaten beschuldigte das Gericht eine Reihe von Funktionären aus der Regierungszeit von Carlos Menem, unter anderem Ex-Innenminister Carlos Corach und den Chef des Geheimdienstes (SIDE) Hugo Anzorreguy. Die Anklage richtet sich vor allem gegen den Bundesrichter Juan José Galeano, der den Fall zusammen mit den Staatsanwalten Eamón Mullen und José Barbaccia untersucht hatte.

Als bewiesen gilt lediglich, dass für den Transport der Sprengstoffe ein Lieferwagen verwendet wurde, den Carlos Telleldín als Zwischenhändler verkauft hatte. Es wird jedoch akzeptiert, dass der Wagen von einem Unbekannten erworben wurde und dass der Verwendungszweck Telleldín unbekannt war.

Obwohl der Ausgang des Prozesses längst bekannt war, löste das Urteil bei den im Audienzsaal anwesenden Familienmitgliedern der Attentatsopfer, den Mitgliedern der jüdischen Gemeinschaft und den Vertretern Israels große Empörung aus. Jorge Kirszembaum aus der Präsidentschaft der Dachorganisation jüdischer Organisationen in Argentinien (DAIA) sagte: "Es war das schlimmste Urteil, das man sich hätte denken können." Der ehemalige Präsident der AMIA, Hugo Ostrower, nannte den Prozess einen juristischen Skandal. "Wie kann es sein, dass wir zehn Jahre später schlimmer dran sind als am Tag nach dem Attentat", kritisierte er die Arbeitsweise argentinischer Gerichte. Sergio Bursztyn, Vertreter der Organisation "Freunde und Familienmitglieder der Opfer" kündigte an, eine Klage gegen den argentinischen Staat bei den internationalen Gerichten einzureichen.

AUSFLÜGE UND REISEN

Ein deutsches Benediktinerkloster in Córdoba

Teilansicht des Benediktinerkonvents in Calamuchita.

Ganz in der Nähe von Villa General Belgrano, im Herzen Córdobas und im Zentrum des Landes gelegen, befindet sich seit fast 30 Jahren ein Benediktiner-Kloster, das nur den allerwenigsten bekannt ist.

In Luftlinie ist der Konvent knapp zehn Kilometer vom Zentrum der „Villa“ entfernt, auf dem Straßenwege beträgt die Entfernung mit Umwegen allerdings knapp 25 Kilometer - doch auch das bedeutet nur eine knappe Fahrstunde, zumal die Zufahrtsstraßen gut sind.

Von Villa General Belgrano fährt man auf der Ruta Provincial 5 zunächst auf Belag nach Santa Rosa de Calamuchita, und von hier aus nochmals drei Kilometer weiter. Ein großes Schild linker Hand weist zum Parador de la Montaña, den man auf guter Erdstraße erreicht. Von hier geht es nochmals weiter bis Calmayo, ein mehr als hundertjähriges Dorf inmitten unberührter Berglandschaft. Und schließlich wiederum nach drei Kilometern in Richtung San Agustín kommt man an das mit dem Schild „Monjes Benedictinos“ ausgewiesene Kloster, ein großer Komplex aus Natursteinen, 1976 gebaut und eingeweiht.

Derzeit leben nur drei Ordensbrüder und -schwestern hier: der Prior, der deutschstämmige Bruder Roberto aus Entre Ríos sowie Schwester Amalia, deutsch-schweizerischer Abstammung. Im Verkaufsladen kann man hausgemachte Marmelade, Heilkräuter und, natürlich, auch ausgezeichnete Kräuterliköre kaufen. Zeitweise wurden hier von Fachleuten Inkunabeln und alte Bücher sowie Dokumente restauriert, jetzt aber wegen Personalmangel eingestellt.

Das Nuestra Señora de la Paz gewidmete Kloster ist eine Dependance des Benediktiner-Konvents in Victoria (Entre Ríos). Ein lohnenswerter Besuch zumindest für diejenigen, die in Córdoba leben.

Gesagt sei noch, dass man zwar auf gutem Erdweg bis San Agustín weiterfahren kann, dass sich aber die Strecke von hier durch die Pinienwälder über den Cordón del Hinojo nach Villa General Belgrano derzeit in sehr schlechtem Zustand befindet, so dass es ratsam ist, auf demselben Weg wieder zurückzukehren. Auf der Straßenkarte Sierras de Córdoba ACA (Argentinischer Automobil Club) sind Wege und Distanzen eingezeichnet.

Patagonien im Motorhome

Wer Argentinien im Camper bereisen will, aber kein eigenes Motorhome (Wohnwagen auf Lkw- bzw. Pickup-Pritsche) besitzt, kann es bei Gaibu Camper & Motorhome Rentals anmieten. Man erhält Wohnwagen für Fahrten im ganzen Land zur Verfügung gestellt. Im Norden sind jedoch die Distanzen nicht so groß und zudem sind relativ genügend Unterkunftsmöglichkeiten vorhanden, so dass das Anmieten dort nur für lange Reisen lohnt.

Ein Problem ist hingegen der Süden mit seinen gewaltigen Entfernungen und den spärlich gesäten Hotels. Deswegen hat Gaibu vor einem Jahr ein Außenbüro auf der Península Valdés eröffnet. Die Wohnwagen bieten Platz für drei bis sechs Personen und sind voll ausgerüstet. Was man an Wagenmiete ausgibt, spart man bei den Unterkunftskosten, teilweise auch durch preiswertes Kochen auf dem eigenen Herd. Info: info@gaibu.com.ar oder Tel.: 4322-0075.

Marlú

Randglossen

Einen Putsch gegen Präsident Kirchner befürchtet Expräsident Alfonsín im März 2005. Das deutsche Wort Putsch war hierzulande ab 1930 geläufig und gleichbedeutend mit Staatsstreich, allerdings durch das Eingreifen der Streitkräfte mit oder ohne zivile Beihilfe. Dieses Mal profezeit Alfonsín einen Putsch ziviler Kräfte, die er im rechten politischen Lager einordnet, ohne dass er militärische Mitwirkung erwähnt hätte. Wen Alfonsín konkret gemeint haben mag, bleibt sein Geheimnis. Im gegenwärtigen politischen Umfeld ist ein Putsch entschieden abwegig. Das Wort mag freilich in Alfonsíns Mund allerlei politische Gespenster heraufbeschwören, die sich geheim verschwören, ohne dass deshalb der Präsident gewaltsam abgesetzt werden kann. Als weitgehend abgetakelter Politiker hat Alfonsín immerhin erreicht, dass die Öffentlichkeit auf ihn hört und neugierig darauf wartet, zu erfahren, wen der putschsensible Altpolitiker gemeint haben mag.

Kabinettschef Alberto Fernández richtete die rethorische Frage an Alfonsín, welche Personen oder gar Organisationen mit den angeblichen Putschgelüsten gemeint waren. Alfonsín hüllt sich freilich in Schweigen, so dass man geduldig bis März 2005 wird warten müssen, um festzustellen, ob die Putschprofezeiung des Expräsidenten eintreffen wird. Wahrscheinlicher ist das Szenario, dass sich dann niemand mehr an die Behauptung Alfonsíns erinnern wird, dass rechtslastige Personen Präsident Kirchner gewaltsam absetzen wollen. Auch Angel Rozas, Vorsitzender der radikalen UCR, für die Alfonsín 1989 regierte und ein halbes Jahr vor Ablauf seines Mandats eiligst abdankte, teilte die Befürchtungen seines früheren Parteichefs nicht, ebensowenig wie andere radikale Politiker, die sich aus dem vorjährigen Wahldebakel längst nicht erholt haben und ein neues Parteiprofil suchen. Alfonsín ist dabei deutlich politischer Ballast.

AUTO UND MOTOR

Ein ungerades Jubiläum für zehn Millionen

Der erste Ford Falcon, Modell 1961.

Am 25. März 1959 unterzeichnete Präsident Arturo Frondizi das Dekret 3693, das die Grundlagen für eine bodenständige Kraftfahrzeugindustrie schuf. Offiziell nannte sich das Regelwerk Régimen de Promoción de la Industria Automotriz. Später wurden mehrere Komplementärbestimmungen erlassen, die u.a. forderten, dass bis 1968 mindestens 95% der Autos und 80% der Nutzfahrzeuge aus lokalen Teilen bestehen mussten.

Fünfundvierzig Jahre sind seither vergangen, kein rundes Jubiläum. Und doch hat es mit jenem Ereignis etwas Besonderes auf sich: Seither wurden nahezu zehn Millionen Kraftwagen hergestellt. Für andere Industrieländer keine überwältigende Zahl, aber für Argentinien wohl doch.

Genau genommen wurden bei uns von 1959 bis Ende 2003 exakt 9.764.875 Kraftfahrzeuge hergestellt. Zu den runden zehn Millionen fehlen somit 235.125 Einheiten. Irgendwann im Lauf dieses zweiten Halbjahres 2004 wird also die zehnte Million voll.

Stoßstange an Stoßstange bei einer durchschnittlichen Länge von fünf Metern aneinandergereiht (es sind sowohl Pkw als auch Lkw und Omnibusse), ergibt das eine Schlange von immerhin 50.000 Kilometern - mehr

als einmal um den Erdäquator.

Zum Glück rollen nicht mehr alle Wagen auf den Straßen; rund 30 Prozent sind auf dem Schrotthaufen gelandet. Der Wagenpark beträgt derzeit zirka sieben Millionen Fahrzeuge, doch aktiv im Verkehr befinden sich nur knapp fünf Millionen.

Allerdings sind die Statistiken etwas verwischt, denn durch die Abkommen mit Brasilien gelten auch solche Autos als „Industria Argentina“, die im Nachbarland produziert wurden und im Rahmen der Teilekompensierung von dort hierher eingeführt wurden. Zudem sind reine Importierte in der Rechnung nicht enthalten.

Siebenundzwanzig Unternehmen schrieben sich 1959 im Register des Régimen ein, darunter seriöse Weltkonzerne und manche Spekulanten. Übrig geblieben sind dreizehn Firmen; die jüngste, die sich 1998 - mit enormem Erfolg - im Land niedergelassen hat, ist Toyota. Das am häufigsten gebaute Modell (fast 500.000 Exemplare) war der Ford Falcon.

Bärenparty im Zoo von Buenos Aires

Bei sonnigem Winterwetter war die Bärenparty im Zoo von Buenos Aires, organisiert vom „Club Berlin“ in Buenos Aires/ Argentinien und Unterstützung der „Berliner Bärenfreunde“ ein voller Erfolg. Viel Publikum beobachtete die schmackhaften Gerichte, die für Atze, Rieke und Bäroline vorbereitet waren. Viele Früchte und Gemüse-sorten, aber auch Fische und teurer Honig fehlten nicht. Einer der Bären spielte dann mit einem Fisch im Wasser und aß ihn genüßlich auf. Danach trocknete er sich, indem er im Bärenzwinger Runden lief; es sah so aus, als ob er auch die beiden Goldmedaillen feierte, welche Argentinien im Fussball und Basketball in den Olympischen Spielen in Athen gerade gewonnen hatte. Fernsehkameras mehrerer hiesiger Sender nahmen alles auf und gaben es in deren Nachrichtendiensten durch. Direkt aus Berlin von den „Berliner Bärenfreunden“ war Selma Weiss (geborene Ramirez) gekommen, die Hüben und Drüben seit der Geburt der Bären immer „am Ball blieb“.

Viele Familien mit Kindern waren zugegen und genossen die Lieder des Kinderchors der Goetheschule, dieselbe Schule, die auch vor 10 Jahren beim Empfang der Berliner Bären in Buenos Aires mit dabei war. Ein Tanzpaar tanzte Tango und danach trat die Tanzgruppe des Marienheims mit ihren deutschen Trachten auf.

Dr. Stefan Duppel von der Kulturabteilung der Deutschen Botschaft in Buenos Aires hielt eine Ansprache in Spanisch und erinnerte an die 10 Jahre Städtepartnerschaft, die nun mehr als zwei Monate lang in Berlin/Deutschland sowie auch in Buenos Aires gebührend gefeiert werden sollen. Danach hielt Dr. Claudio Gaebler als Erster Vorsitzender des „Club Berlin“ eine kurze Ansprache, wo er nicht nur über das damalige Geschenk der Stadt Berlin und die Wichtigkeit dieses Symbols in der Geschichte Berlins sprach, sondern auch an die Sehenswürdigkeiten beider Metropolen erinnerte und wie schön es wäre, wenn Argentinien auch in der Finale der Fussballweltmeisterschaft 2006 im neuen Olympiastadion dabei sein könnte.

Mit Musikuntermalung und Erklärungen von Dr. Constantino Schmidt und der Betreuer des Zoos von Buenos Aires ging der Fest-Schmaus noch lange weiter, während sich das Publikum über den „Bärenhunger“ der in Buenos Aires heimisch gewordenen drei Berliner Bären weiter ergötzte. In Berlin genossen vor kurzem die Eltern dieser Bären auch ihren Schmaus beim Bärenzwinger, organisiert von den „Berliner Bärenfreunden“.

So wurden auch im Zoo von Buenos Aires die 10 Jahre der Städtepartnerschaft von Berlin und Buenos Aires sowie auch die Berliner Bären gebührend geehrt.

Claudio Gaebler und Martin Pfund
Club Berlin

„Die Kunst braucht Freiheit“

Kulturdialog Buenos Aires-Berlin 2004 in Berlin eröffnet

Von Jürgen Vogt

Berlin - Mit einem Festakt in der Deutschen Staatsoper Unter den Linden wurde am 31. August in Anwesenheit der beiden Bürgermeister der „Kulturdialog Berlin - Buenos Aires 2004“ in Berlin offiziell eröffnet. Anlass war die nunmehr zehnjährige Städtepartnerschaft der Metropolen an der Spree und am Río de la Plata. In seiner Eröffnungsrede verwies der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, auf die gemeinsamen Erfahrungen von Berlin und Buenos Aires mit Diktatur und Befreiung. Er griff das Thema der Verschwundenen auf, die es in Berlin unter der Nazidiktatur gegeben hat.

„Die Kunst braucht Freiheit“ sagte der Regierungschef der Stadt Bue-nos Aires, Aníbal Ibarra, in seiner Rede und erinnerte ebenfalls an die gemeinsamen Dramen der Vergangenheit. Er sprach über die Verschwundenen während der Militärdiktatur und bezeichnete die Partnerschaft der beiden Städte als eine Begegnung für die Freiheit, die Menschenrechte und der Kultur zwischen Buenos Aires und Berlin. Dazu sei er gerne nach Berlin gekommen.

Musikalischer Höhepunkt des Abends war der Auftritt von Generalmusikdirektor der Staatskapelle Berlin, Daniel Barenboim, der dem Publikum schmunzelnd verriet: „Ich werde vor der Zugabe Chopin spielen.“ Vor dem offiziellen Festakt war ein Kooperationsabkommen zwischen der Staatsoper und dem Teatro Colón vom Intendanten der Staatsoper, Peter Mussbach, und dem Generaldirektor des Teatro Colón, Tito Capobianco, unterzeichnet worden. Aníbal Ibarra bedankte sich dafür mit einer Einladung an die Staatsoper zur Feier des 100-jährigen Bestehens des Teatro Colón im Jahre 2008.

Nun haben die Berlinerinnen und Berliner zwei Monate lang die Gelegenheit, ihre Partnerstadt Buenos Aires durch ein breites Angebot an Bildender Kunst, Musik, Tanz, Theater, Literatur, Film und Konferenzen kennenzulernen. Und wie nicht anders zu erwarten, fällt dabei immer ein Wort: Tango.

Dass das kulturelle Buenos Aires aber eben mehr ist als Tango, können die Berlinerinnen und Berliner in der Austellung „notango“ sehen. Vom 17. September bis 10. Oktober zeigen junge argentinische Künstler vom „movimiento notango“ ihre Werke in der Berliner Villa Elisabeth und werden mit einigen Klischeevorstellungen über die Partnermetropole am Río de la Plata kräftig aufräumen. Unter anderen sind Arbeiten von Nicola Costantino, Marcos López, DOMA und Karina el Azem zu sehen. Begleitet wird die Ausstellung von Workshops und dem Live Metropoliton Artlab, in denen die Künstler aus Buenos Aires zusammen mit Berliner Künstlern gemeinsam arbeiten und sich kennenlernen werden. Die Ergebnisse dieses gemeinsamen Schaffensprozesses der rund 35 Künstler wird das Berliner Publikum ebenfalls zu sehen be-kommen.

Wie sehr sich die Sorgen und Erfahrungen des Alltags der Menschen in den beiden Städten trotz aller Unterschiedlichkeit ähneln, möchte das Projekt „Krise als Labor - Brüche, Bilder und Erinnerung“ herausarbeiten. Dieses als „Öffentliche Dialogwerkstatt“ angelegte Projekt im Rahmen des

Metropolenprogramms Berlin-Buenos Aires 2004 findet zunächst am 5. und 6. Oktober im Centro Cultural San Martín in Buenos Aires statt und erfährt seine Fortsetzung am 15. und 16. Oktober auf dem Gelände des ehemaligen Alten Schlachthofes in Berlin. „‚Krise als Labor' will die Anschluss- und Schnittstellen in beiden Städten erkunden", so die Kuratorin des Projektes Frau Dr. Anne Huffschmid. Hier werden die Erfahrungen der Menschen in Berlin und Buenos Aires im Hinblick auf die hohe finanzielle Schuldenlast der Stadt Berlin und des ökonomischen Schocks von 2001 in Buenos Aires, den Protesten der Bürgerbewegungen, die zum Fall der Mauer vor fünfzehn Jahren führten, und die vor drei Jahren den Rücktritt der Regierung De la Rúa erzwangen, im Mittelpunkt stehen. Krise als Schock oder Öffnung? Krise als Chance für einen neuen Aufbruch? Diesen Fragen werden sich dreizehn Protagonisten aus den unterschiedlichsten Bereichen der beiden Städte öffentlich stellen.

Wie ernst es dem Regierungschef der Stadt Buenos Aires mit der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist, bewies er den Berlinern bereits einen Tag nach der feierlichen Eröffnung. Auf seinen eigenen Wunsch besichtigte Ibarra die Gedenkstätte des Konzentrationslagers Sachsenhausen vor den Toren der Stadt Berlin.

Lebendige Geologie

Fotoausstellung „Feuerland und Patagonien" im Naturkundemuseum Berlin

Kleine Welt - Ein Verwandter des Kapitäns des Wracks „Desdemona", das am Kap San Pablo (Feuerland) gestrandet ist, stellte sich dem Künstler bei der Ausstellungseröffnung vor.

Mit Unterstützung der argentinischen Botschaft in Berlin entstand die Fotoausstellung „Feuerland und Patagonien" mit Aufnahmen des Fotografen Florian von der Fecht. Bis Mitte Oktober stellt der Argentinier mit österreichischen Vorfahren im Naturkundemuseum von Berlin im Rahmen des Kulturdialogs Berlin-Buenos Aires seine Vision des Südens seines Heimatlandes auf etwa 50 Farbfotos aus.

Die Aufnahmen zeigen nicht nur die Schönheit der Provinzen Feuerland, Santa Cruz, Río Negro, Chubut und Neuquén, sondern erzählen auch die Geschichte ihrer Vergangenheit. So verwandeln sich Muschelsedimente im Nationalpark „Perito Moreno" ebenso in eine Fundgrube für Paläontologen, wie der so genannte „Versteinerte Wald", der im patagonischen Tafelland mit etwa 65 Millionen Jahre alten erosionszernagten Araukarienstämmen liegt. Auf Höhe des Staudamms „Chocon" am Río Limay - ebenfalls in der Ausstellung zu sehen - fand man das Skelett des so genannten „Argentinosaurus Huinculensis", einen der größten Dinosaurier der Welt. Selbst der Entwickler der Evolutions-Theorie Charles Darwin forschte einst in Santa Cruz. Nach ihm sind die „Miradores de Darwin", eine Felswand am Río Deseado, benannt.

„Abgesehen vom erdgeschichtlichen Fokus, möchte ich den Menschen in Berlin mein Heimweh nach Argentinien vermitteln", sagt von der Fecht. Die Fotos sprächen dies deutlich aus. Die meisten Deutschen hätten von Patagonien eher eine Vorstellung als von Argentinien, ist der Fotograf und Werbedesigner überzeugt. Dennoch wüssten nur wenige von der Vielfalt, die die Region bietet: Vulkane wie der Lanín, das größte Eisfeld außerhalb der Antarktis im Nationalpark „Los Glaciares", die scheinbar endlose Ruta 40 in der Steppe Patagoniens oder die San-Pablo-Bucht an der Südatlantik-Küste fing er auf seinen Streifzügen durch das Auge seiner Hasselblad ein.

Die weißen Körper der Schwarzhalsschwäne reflektieren den blauen Himmel im untergehenden Licht der Sonne.

Aber von der Fecht lässt nicht nur die Fotos erzählen, er berichtet in den Titeln auch von den Menschen. Das Volk der Tehuelche habe den Monte Fitz Roy „Chalten", also „Vulkan", getauft, weil sie die Wolken an dessen Gipfel in 3400 Metern Höhe für Rauch gehalten hatten. „Ich vermute, dass nicht nur Wissenschaftler in die Ausstellung kommen, sondern auch Menschen, die sich von der Natur begeistern lassen", sagt der Künstler. Mit der Auswahl der Fotos wird ihm das leicht gelingen.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags $ 3,02. Die Terminkurse betrugen zum 30.9. $ 3,025, 30.10. $ 3,048, 30.11.$ 3,065, 31.12. $ 3,100, 31.1. $ 3,120 und 28.2. $ 3,140.

***

Der Mervaindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 3,8% auf 976,23, der Burcapindex um 4,0% auf 2.462,02 und **der Börsenindex um 3,1% auf 44.534,58.**

***

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betrugen am 30.8.04 U$S 18,01 Mrd., der Banknotenumlauf $ 31,69 Mrd. Eine Woche zuvor waren es U$S 17,98 Mrd. bzw. $ 31,45 Mrd., einen Monat zuvor U$S 18,07 Mrd. bzw. $ 32,03 Mrd. und ein Jahr zuvor U$S 13,58 Mrd. bzw. $ 24,87 Mrd.

***

Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs, bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 31.8.04 114,4%.

***

Die Rentenkassen (AFJP) verzeichnen unter sich seit Ende 03 eine Übertragung von angesammelten Fonds in Höhe von $ 1,27 Mrd. Gewinner war an erster Stelle Nación (die von der gleichnamigen Bank abhängt und als einzige sofort die Umwandlung der Dollarkredite an den Staat in Pesos zu $ 1,40 plus CER angenommen hat) mit plus $ 1.071,51 Mio., gefolgt von Arauca.Bit mit $ 131,27 Mio., Previsol mit $ 27,58, Met mit $ 22,96 Mio., Profesion mit $ 12,10 Mio. und Unidos mit $ 5,88 Mio. Verloren haben folgende: Máxima $ 541,06 Mio., Consolidar $ 286,30 Mio., Origenes $ 241,98 Mio., Siembra $ 167,44 Mio., Prorenta $ 25,24 Mio. und Futura $ 9,29 Mio. Insgesamt handelt es sich um 520.000 Kontenübertragungen. In einem Jahr zum August 04 haben die Rentenkassen die Zahl der Werbeagenten von 8.731 um 16% auf 10.152 erhöht. In den ersten Jahren des privaten Pensionierungsystem richteten sich die Beitragenden vornehmlich nach der Rendite, die die einzelnen Kassen erwirtschafteten; jetzt schauen sie mehr auf die Provisionen, die sehr unterschiedlich sind.

***

Seit 2 Jahren liegt dem Obersten Gerichsthof der Fall des Transportes von 240.000 Jato Methanol per Eisenbahn (Ferrosur Roca) von der Fabrik in Plaza Huincul, Neuquén, bis Ensenada, bei La Plata, vor. Die Gemeinde von Bahía Blanca hatte diesen Transport wegen Gefahren für die Bevölkerung beanstandet, so dass die zuständigen Richter ihn verboten. Das ist reichlich absurd, da die Gefahr der Verschüttung so minimal ist, dass sie

PERSONALNACHRICHTEN

Geburtstage

Walter Rissel, 70, am 31.8.

Todesfälle

Carmen F. I. Schäfer geb. Drangosch, 87, am 24.8.
Vicky Rhode geb. Seybold, 86, am 26.8.

Geburtstage im Altersheim „Los Pinos"

Maute Rene, 99, am 3.9;
Carstens Luisa geb. Hufnagel, 95, am 6.9;
von Zitzewitz Jutta, 80, am 9.9;
Ehrhorn Elizabeth, 95, am 12.9;
Linder Hildegard geb. Steinle, 90, am 13.9;
Schamann Lidia geb. Dusil, 80, am 19.9;
Hofbauer Gertrud, 87, am 20.9;
Espinosa Marta geb. Zuggas, 79, am 21.9;
Uhle Margot, 69, am 26.9.

Todesfälle im Altersheim „Los Pinos"

Malyskka Hedwig, 96, am 30.7;
Winkler Felix, 89, am 24.8.

ausser Acht gelassen werden kann. Ausserdem: vorher hatte die gleiche Eisenbahn schon 400.000 t Rohbenzin transportiert, das wesentlich gefährlicher ist. Das Methanol wird inzwischen per Lastwagen transportiert, was auf alle Fälle mit einer viel grösseren Unfallgefahr verbunden ist. Die Klage wurde auch von Gemeinden von Gross Buenos Aires erhoben, die mit dem Fall nichts zu tun haben, da die Methanolfracht vorher nach Ensenada geht. Seit über zwei Jahren warten die besonders für diesen Zweck gebauten Eisenbahnwaggons auf ihre Fracht.

***

In der Vorwoche haben die EU-Inspektoren die Kontrolle der Zitruspflanzungen und Verpackungsanlagen in Buenos Aires, Entre Rios, Tucumán und Jujuy beendet. Dieses Jahr waren in Valencia und Rotterdam zwei Schiffsladungen mit „cancrosis“ entdeckt worden. Diese Baumkrankheit soll jedoch nur ausnahmsweise bestehen. In 40 Tagen wird sich die Kontrollmission über den Fall aussprechen.

***

Arcor kündigte die Einweihung ihrer Fabrik Nr. 26 in Argentinien für September an. Es ist eine neue Anlage ihrer Verpackungsabteilung Converflex. Die Investition beträgt U$S 5 Mio., die Fabrik befindet sich in Luján, bei Buenos Aires. Bis 09 sollen weitere U$S 15 Mio.investiert werden. Ausserdem will das Unternehmen U$S 4,5 Mio. in die Erweiterung ihrer Fabrik in Mendoza investieren, um die Erzeugung von Tomaten in Dosen von 72.000 Jato um 100.000 Jato zu erhöhen. Im November soll die Inbetriebnahme stattfinden. In 12 Monaten zum August 04 hat das Unternehmen schon insgesamt U$S 70 Mio. investiert, zu denen bis 06 weitere U$S 60 Mio. kommen.

***

Die „Universidad Católica Argentina“ hat ein Projekt in Angriff genommen, durch das mit einer Investition von U$S 17 Mio. die bestehende bebaute Fläche in Puerto Madero von 56.000 qm verdoppelt werden soll.

***

Das Statistische Amt (INDEC) berichtet, dass sich 34.5% der Unternehmen mit eigenen Mitteln finanzieren, 24,7% mit Lieferantenkrediten und nur 33,1% mit Bankkrediten. Vor der Krise finanzierten sich 53% über Banken.

***

**Der Export von Hasenfleisch lag in 7 Monaten 04 mit U$S 8,82 Mio. um 66% über der gleichen Vorjahresperiode,** der von Kaninchenfleisch mit U$S 3,07 Mio. doppelt so hoch.

***

KAUFE VERSCH.
COMPRAS VARIAS

IVES compra adornos, cristalería, porcelanas, antigüedades, muebles, objetos varios, 4791-4287

Die Exporte von Holz, Holzprodukten und Möbeln lagen im 1. Halbjahr mit U$S 137 Mio. um 32% über dem Vojahr, berichten die Kammer der Holzindustrie (Faima) und das Möbelinstitut. 36% der Exporte gingen nach den USA, 18% nach Brasilien und je 6% nach Chile und Spanien. 75% dieser Exporte bestanden aus Presspanplatten und Brettern.

***

Wie das Statistische Amt (INDEC) mitteilt, lag der Umsatz der Supermärkte im Juli um 0,9% über Juni und um 7,3% über Juli 03. Die Shopping-Center verzeichneten nach 4 aufeinander folgenden Wachstumsmonaten im Juli einen Rückgang von 4,8% gegenüber dem Vormonat und eine Zunahme von 18,3% gegenüber dem gleichen Vorjah-resmonat.

***

Die Bautätigkeit lag im Juni laut INDEC um 0,2% über dem Vormonat und um 20,1% über dem gleichen Vorjahresmonat. In 7 Monaten verzeichnet dieser Index eine Zunahme von 26,6% über der gleichen Vorjahresperiode. Juli liegt jetzt um 90% über dem tiefsten Stand von 02. Die Fläche der Baugenehmigungen lag im Juli um 9,4% über Juni und um 43,7% über Juli 2003. In 7 Monaten verzeichnet der Index eine Zunahme von 17,5%.

***

Die etwa 100 Arbeitslosen, die das Unternehmen Termap, in Caleta Olivia, Provinz Santa Cruz, besetzt hatten und Arbeitsplätze zu $ 700 monatlich forderten, haben schliesslich das Angebot der Provinzregierung von Santa Cruz angenommen. Termap (das der Verschiffung des Erdöls dient und somit kritisch ist) war vor kurzem schon von einer anderen Gruppe besetzt worden, und hat dabei nachgegeben und die Einstellung zum geforderten Lohn verfügt. Dieses Mal wurde der Fall durch die Regierungen der Provinz und der Gemeinde gelöst, die Stellen bei der Durchführung öffentlicher Arbeiten für 3 Jahre garantiert haben, auch bei Löhnen von $ 700. Man kann jetzt mit weiteren Vorgängen dieser Art rechnen.

***

In 7 Monaten 04 wurden 32.000 t Schnecken nach Spanien und Italien für U$S 70.000 exportiert, 18% mehr als in der gleichen Vorjahresperiode.

***

Das Amt für öffentliche Einnahmen (AFIP) will noch in diesem Jahr die per e-mail übertragene Rechnung zulassen. Das stellt in vielen Fällen eine Ersparnis an Papier und Porto dar. Die AFIP hat schon einige Proben bei Unternehmen gemacht, die Internetdienste bieten, deren Kunden auf alle Fälle über einen Internetanschluss verfügen. In Zukunft soll die Zahlung per Internet auch für Steuerzahlungen möglich werden, was bedeutet, dass die Bank eine Anweisung per e-mail erhält, um das Konto des Steuerzahlers für den Betrag der Steuer zu belasten und ihn dem AFIP-Konto gutzuschreiben.

Lavagna dixit

Nach dem Besuch von IWF-Generaldirektor Rodrigo De Rato, hat Wirtschaftsminister Roberto Lavagna bestätigt, dass der Fiskalüberschuss 2005 (Nationalstaat und Provinzen) 3% des BIP darstellen werde. Es werde von einer BIP-Zunahme für 2005 von 4% ausgegangen, bei einer Preiszunahme zwischen 7% und 10,5%. Das Budgetprojekt werde dem Kongress in 15 Tagen übergeben werden.

Das Angebot an die defaultierten Bondsinhaber werde nicht geändert. Sobald die Umschuldung beginne, würden jedoch die Einzelheiten bekanntgegeben werden, die man bis jetzt nicht habe veröffentlichen können.

Vom Überschuss werde 2,7% für die Zahlung der Staatsschuld aufgewendet, während die restlichen 0,3% für die ANSeS (Rentenverwaltung) und spezifische Fonds bestimmt werden.

Lavagna wies darauf hin, dass die 2,7% für die Zahlung der Schuld, die sich nicht im Defaultzustand befindet, und auch der neuen Bonds bestimmt sei, die sich im Default befinden. Diese Erklärung sorgt für neue Konfusion, da der sogenannte „primäre“ Überschuss, um den es hier geht, prinzipiell nur für Zinszahlungen bestimmt ist. Schulden müssen mit einem Überschuss gezahlt werden, der über den primären hinausgeht.

Die Mittel, die für die Zahlung der Zinsen für die Umstrukturierung der defaultierten Schuld verfügbar seien, werden unter den Bondsinhabern verteilt, die die Umschuldung zeichnen. Er nannte keinen Betrag; aber ausseramtlich war von einer Milliarde Pesos die Rede, die im Budget 2005 angeführt werden sollen. Je weniger Bondsinhaber sich dem Umschuldungsvorschlag anschliessen, umso mehr würden sie somit erhalten, sei es in Form höherer Zinsen oder als Barzahlung. Hier wurde auch die Möglichkeit erwähnt, dass sie mehr neue Bonds erhalten, womit der Koeffizient der neuen Bonds auf die alten steigen würde.

Es werde erwartet, dass die Wertpapierkommission der USA (Securities and Exchange Commission) in den nächsten Tagen die Dokumentierung über die Umschuldung gutheisse. Danach werde unmittelbar die Umschuldung eingeleitet werden. Im Juli hatte das Wirtschaftsministerium bekanntgegeben, dass die Zeichnung der neuen Bonds während sechs Wochen aufliegen und im November abgeschlossen sein werde.

Lavagna erklärte, dass die Bonds, die eine Zusatzvergütung im Verhältnis zur BIP-Zunahme haben werden, die von 2004 (die er mit 6% angab) nicht berücksichtigen werde.

Ferner kündigte Lavagna an, dass ein Teil des diesjährigen Budgetüberschusses für Steuersenkungen verwendet werden würde. Er gab nicht bekannt, an welche Steuern er denkt, schloss dabei jedoch die Exportsteuern aus.

Die Ankündigung von Lavagna kam bei der SEC in den USA schlecht an, weil keine Änderungen vollzogen oder angekündigt werden dürfen, solange das Verfahren über die formelle Genehmigung des Bondsumtausches läuft. Im Wirtschaftsministerium wurde daher die Initative sofort anders ausgeleget, nämlich so, dass der Überschuss für den Kauf der neuen Wertpapiere auf dem Markt oder für einen vorzeitigen Rückkauf im Rahmen einer Ausschreibung eingesetzt werden würde. Das macht die Zeichnung für die Inhaber defaultierter Bonds interessanter, da sie dann mit einem besseren Marktwert der neuen Bonds rechnen können. Auf dem Finanzmarkt stiegen die Notierungen der defaultierten Bonds nach dieser Ankündigung sofort bis zu 3,3%.

***

Am Freitag der Vorwoche wurde die traditionsreiche Apotheke „Farmacia Franco Inglesa“ an der Ecke Florida und Sarmiento nach 108jährigem Bestehen geschlossen. Die Firma hatte einen Vergleich vor Gericht beantragt und zahlte seit 4 Jahren keine Miete für das Geschäftslokal von 600 qm, plus 4 Stockwerken und einem Kellergeschoss. Seit den 60er Jahren befand sich die Apotheke im Besitz von Carlos Danesino und Jorge Levy. Die 70 Angestellten wollen die Apotheke als Genossenschaft betreiben und fordern vom Besitzer des Gebäudes, dass er die Räumung, die er bei Gericht gefordert hat, bei Seite lässt. Die Genossenschaft bietet eine Miete von $ 30.000 pro Monat, aber der Besitzer fordert U$S 20.000. Ausserdem fordert die Genossenschaft eine finanzielle Hilfe der Regierung. Die Lage der unabhängigen Apotheken ist seit dem Auftritt der neuen Ketten (Pharmaciti, Dr.Ahorro, Vantage u.a.), mit einer sehr aggressiven Verkaufs-

politik, plus der Wirkung der Medikamentengeschenke des Staates an Familien mit niedrigem Einkommen, sehr schwierig geworden.

***

Das provinzeigene Elektrizitätsunternehmen von Córdoba, Epec, hat die Genehmigung vom nationalen Fernverbindungssekretriat erhalten, um ein Netz von optischen Fasern von 1.500 km Länge zu legen, was eine Investition von U$S 15 Mio. bedeutet. Auf diese Weise dringt das Unternehmen weiter auf dem Gebiet der Fernverbindungen vor, auf dem es sich in letzter Zeit schon mit 300 öffentlichen Telefonkabinen betätigt. Privatisierungsversuche von Epec wurden von der Gewerkschaft stets verhindert. Das Staatsunternehmen ist im Energiebereich technologisch gegenüber den privatiserten Unternehmen stark zurückgeblieben.

***

Die Firma Pehuen Fund errichtet gegenwärtig in Cutral Co, Provinz Neuquén, eine Giesserei, die noch in diesem Jahr in Betrieb genommen werden soll. Sie ist für die Belieferung von Fabriken für Kfz-Zubehörteile bestimmt und soll 60 Personen beschäf-tigen.

***

Die zwei grossen Tabakunternehmen (Nobleza Piccardo, Tochtergesellschaft der British Tobacco, und Massalin Particulares, die von Phillip Morris kontrolliert wird) machen sich Sorgen über die Erfüllung des Abkommens mit der Regierung, durch das sie sich verpflichtet hatten, den Betrag, den sie an Steuern zahlen, von $ 2,5 Mrd. 03 auf $ 3,75 Mrd. 04 und $ 4 Mrd. 05 zu erhöhen, zu welchem Zweck sie die Preise stark angehoben hatten. Das führte jedoch zu einem Umsatzrückgang von 15% bis 20%, der auch den Betrag der zu zahlenden Steuern trifft. Die beiden Unternehmen weisen darauf hin, dass kleinere Zigarettenfabriken, die nicht im Abkommen inbegriffen sind, die Gelegenheit wahrgenommen hätten, um besonders billige Zigaretten mehr zu verkaufen.

***

Am Donnerstag fand die erste öffentliche Audienz über ein privatisiertes Staatsunternehmen statt, die sich auf das Eisenbahnunternehmen Ferrosur Roca bezog, die den Frachtdienst von Buenos Aires nach dem Süden bis Neuquén betreibt. Von den 14 im Juli angekündigten Audienzen war diese die einzige, die bisher durchgeführt wurde. Die Kunden des Unternehmens befürworteten die Annnahme des neuen Vertrages, wogegen die Vertreter der Lastwagenunternehmen und die der Konsumentenvereine, sowie der nationale Volksverteidiger (Ombudsman) und Vertreter der Gemeinde Neuquén und des Hafens von Quequén dagegen waren. Abgeordnete waren zum Teil gegen den neuen Vertrag. Sergio Dorrego, Präsident des Unternehmens, erklärte, die Investitionen hätten 64% des Plansolls gedeckt, und nicht 20%, wie die nationale Transportkommission angegeben hatte. Ferro-sur sei das einzige Eisenbahnunternehmen, das vier zusätzliche Lokomotiven in Betrieb genommen habe.

***

Ein Bericht des Verbandes der Zuckerindustrie (Centro Azucarero Argentino) weist darauf hin, dass der Zuckerpreis in Argentinien umgerechnet U$S 0,44 je kg betrage, gegen U$S 0,91 in Kanada, U$S 1,12 in Italien, U$S 1,75 in Finnland, U$S 1,75 in Chile, U$S 0,88 in Mexiko und U$S 0,51 in Kolumbien. Der Zucker werde zu irrealen Preisen gehandelt, weil es weltweit Subventionen, Dumping u.dgl. gebe. Die internen Durchschnittspreise des Zuckers auf der ganzen Welt liegen um 70,8% über dem Preis für internationale Geschäfte.

***

Senasa, das Amt für Tier- und Pflanzensanität, gab bekannt, dass der Export von Erdbeeren, Himbeeren, Heidelbeeren (arándano) u.a. Beeren in 7 Monaten 04 mit U$S 2,35 Mio. um 190% über dem Vorjahr lag.

***

Die Firma Compañía de los Andes S.A., die Jaime Ros Puigsubira (aus Andorra) gehört, hat eine Investition für U$S 2 Mio. für den Bau eines Hotels mit 144 Betten in Caviaue angekündigt, wo es weltberühtem Termalquellen gibt. 07 soll das Hotel in Betrieb genommen werden. Ausserdem investiert das Unternehmen U$S 400.000 in Anlagen für den Skisport in der gleichen Ortschaft.

***

Die Kommission für das Pensionierungssystem der Deputiertenkammer hat ein Gesetzesprojekt genehmigt, das die Deputierte María América González vorgelegt hatte, durch das Personen, denen entweder noch Beitragsjahre für die erforderlichen 30 Jahre fehlen, oder die nicht das Pensionierungsalter erreicht haben (65 Jahre bei Männern und 60 bei Frauen), eine Pension von 50% des Betrages erhalten, der ihnen bei normaler Pensionierung zustehen würde. Sobald diese Pensionäre dann das vorgeschriebene Alter erreichen, erhalten sie die volle Pension. Dieses Ausnahmesystem soll für zwei Jahre gelten.

***

Im 1. Halbjahr 04 traten 1.500 neue Exportfirmen auf, was eine Zunahme von 21% bedeutet. Die Exporte der kleinen und mittleren Unternehmen (Pymes) nahmen im Vergleich zur gleichen Vorjahresperiode um 19% zu, die der Gross-unternehmen nur um 12%. Im 1. Halbjahr nahmen die Exporte von Industrieprodukten, die aus verarbeiteten landwirtschaftlichen Rohstoffen bestehen, um 31% zu und die reinen Industrieprudukte um 14%. Hingegen nahmen die Exporte von Rohstoffen ab.

***

Aerolineas Argentinas beklagt sich über die Diskriminierung zum Schaden dieser Firma, und auch der Unternehmen Austral, Aerovip, American Falcon und LADE, wegen der neuen staatlichen Subvention für den Brennstoff, die Southern Winds gegeben wurde.

***

Martín Redrado, Staatsekretär für internatiaonale Wirtschaftsbeziehungen im Aussenministerium, gab bekannt, dass die Regierung an einem Handelsabkommen mit China arbeite, das über ein Freihandelsabkommen hinausgehe. Argentinien habe soeben von China den Status der kooperativen Sonderbeziehung erhalten, wie in Japan und Australien schon haben.

***

Im Juli sind die Zinssätzte bei Krediten, die über Kreditkarten gewährt werden, um einen halben Prozentpunkt auf durchschnittlich 33,54% gesunken. Bei Dollarkrediten verblieb der Satz auf 17,64%. Ab November 02 haben nun 21 aufeinander folgende Zinsverringerungen stattgefunden..

***

Durch Gesetz 25.919 (Amtsblatt vom 2.9.04) wurde der durch Gesetz 25.053 geschaffene Lehrerfonds für 5 Jahre ab 1.1.04 verlängert, sofern nicht vorher ein Gesetz über eine integrale Erziehungsfinanzierung erlassen wird. Im Jahr 04 wird der Fonds $ 973,37 Mio. verteilen, plus dem Betrag der für neue zusätzliche Lehrer notwendig wird. $ 321,80 Mio., die auf das letzte Quartal 03 entfallen, werden gestrichen.

***

China ist ernsthaft an der Übernahme des Eisenerzbgerwerkes in Sierra Grande, Provinz Rio Negro, interessiert, das vor über einem Jahrzehnt stillgelegt wurde, nachdem es sich als hoffnungslos unwirtschaftlich erwiesen hatte. In den 70er Jahren hatte der Militärkonzern „Fabricaciones Militares“ das Projekt in Angriff genommen und zu diesem Zweck das Unternehmen Hipasam gegründet. Es wurden über eine Milliarde Dollar investiert. Als das Unternehmen aufgegeben wurde, hat es die Provinz Rio Negro übernommen und ihm den Namen Hiparsa gegeben. Die Erzförderung wurde jedoch nicht wieder aufgenommen. Die Knappheit an Eisenerz ist gegenwärtig so gross und der Preis so stark gestiegen, dass es jetzt interessant erscheint, zunächst das auf Lager befindliche Erz abzuheben und dann den Bergbau in Gang zu setzen. Zu diesem Zweck müssen die Anlagen instandgesetzt werden, was gewisse Investitionen erfordert. Die vergangenen Investitionen werden dabei als verloren betrachtet und nicht amortisiert. Das Erz ist qualitativ minderwertig, u.a. weil es Phospor enthält. Aber beim hohen Erzkonsum Chinas ist dies kein Hindernis, da es in kleinen Mengen dem guten Erz anderen Ursprungs beigemischt wird.

***

Die Wirtschaftszeitung „El Cronista“ berichtet, dass die Regierung Druck auf die brasilianische Petrobras ausübt, damit sie die U$S 270 Mio. zum Gastransportunternehmen „Transportadora de Gas del Sur“ (TGS) beisteuert, an dem sie beteiligt ist, um das Projekt der Erweiterung der Gastransportkapazität der Gasleitung von Feuerland und Santa Cruz bis Buenos Aires zu finanzieren. Es handelt sich um die Legung einer Rohrleitung, die parallel zu der bestehenden Leitung laufen und jeweils in die gleichen Pumpstationen münden soll. Mit dieser Erweiterung würde die Transportkapazität um 2,9 Mio. cbm täglich zunehmen. Damit diese Lieferung schon im Winter 05 beginnen kann, hätte das Projekt schon vor 2 Monaten in Angriff genommen werden müssen. TGS weist darauf hin, dass die Bedingungen für diese Investition noch nicht gegeben sind, da weder eine Rahmenordnung besteht, noch Kredite bereitgestellt werden, die die Regierung gewährt oder verpflichtet. TGS ist bereit, U$S 45 aus eigenen Mitteln beizusteuern. Hinzu kämen noch U$S 70 Mio. der brasilianischen Entwicklungsbank (Bndes) für die Finanzierung der Rohre, die Confab, eine Techint-Filiale in Brasilien, liefern soll. Es fehlen noch U$S 155

Fiskaleinnahmen im August um 40% über Vorjahr

Die gesamten Einnahmen des Nationalstaates an Steuern, Sozialabgaben, Zöllen und Gebühren lagen im August mit $ 8,47 Mrd. um 39,9% über dem gleichen Vorjahresmonat, aber um 2,7% unter Juli. In 8 Monaten 2004 lag die Zunahme bei 41,7%.

Die MwSt. lag mit $ 2,87 Mrd. um 57,5% über dem Vorjahr. Aber die direkt vom Steueramt eingenommene Steuer war um 18,9% höher und die vom Zollamt einbehaltene um 83,5% höher, wobei die Rückgaben an Exporteure um 61,6% abnahmen.

Der Erlös der Gewinnsteuer lag mit $ 1,74 Mrd. um 32,6% über dem Vorjahr und um 6% über dem Vormonat. Die Einnahmen aus der Exportsteuer lagen mit $ 886,1 Mio. um 50,1% über dem Vorjahr und um 10,5% unter Juli 2004. Die Steuer auf Giro- und Sparkontenbewegungen lag mit $ 652,4 Mio. um 39,8% über dem Vorjahr und um 3,1% unter Juli.

Die Beiträge zum Rentensystem lagen mit insgesamt $ 997,3 Mio. um 30,9% über dem Vorjahr und um 29,3% über dem Vormonat.

Bei der Aufteilung des Gesamterlöses wies die Nationalregierung im August eine interanuelle Zunahme von 44,8% aus, die Provinzen von 35,3% und das System der sozialen Sicherheit von 20,3%.

Mio.

***

Die chinesische TCL hat mit der lokalen Radio Victoria vereinbart, dass diese in ihrem Betrieb in Feuerland auch deren Produkte montiert und vertreibt. Es handelt sich um flache Fernsehgeräte mit Flüssigkristall-Bildschirmen, Klimaanlagen, DVD Kopieranlagen und digitale Photokameras. Radio Victoria hat seit 1996 einen Lizenzvertrag mit der französischen Thomson, um deren Produkte mit der Marke RCA zu erzeugen. Jetzt hat Thomson sich weltweit mit der chinesischen TCL zusammengeschlossen, womit sich für die lokale Firma eine neue Möglichkeit ergeben hat. Radio Victoria Fuegina betreibt 5 Fabriken in Feuerland, und beabsichtigt binnen 12 Monaten Investitionen für U$S 20 Mio. durchzuführen. Die Fabriken in Feuerland geniessen seit 1972 den Vorteil, dass sie Teile für ihre Produkte zollfrei importieren können, und die fertigen Produkte dann auch zollfrei nach dem Festland bringen können, wo die gleichen Waren sonst einen hohen Zollschutz haben. Dieses System hat die Errichtung von Montagewerken, vornehmlich für Elektronik, gefördert, dabei aber die bestehenden Fabriken in Argentinien, sowohl für Endprodukte wie für Teile, vernichtet.

***

Der Rat für die Beschäftigung, die Produktivität und den beweglichen lebensnotwendigen Mindestlohn hat sich am Donnerstag auf eine Erhöhung von $ 350 auf $ 450 geeinigt. Dabei hat die abtrünnige Gewerkschaftsgruppe CTA $ 730 gefordert. Auch einige Unternehmervertreter traten für einen höheren Betrag ein. Die Erhöhung der Familienzulagen steht noch zur Diskussion, ebenso die Einschliessung der durch Dekret verfügten Zulage von $ 50, die nicht mit Sozialabgaben belastet wird, in den Lohn, der somit auf $ 500 gestiegen wäre. Die Erhöhung soll ab 1. September erfolgen.

***

Die argentinische Regierung hat ein Kooperationsabkommen mit dem staatlichen russischen Eisenbahnunternehmen über die Lieferung von Lokomotiven, Waggons u.a. Eisenbahnmaterial für das lokale Netz unterzeichnet. Transportsekretär Ricardo Jaime begab sich zu diesem Zweck nach Russland. Insbesondere wird an die Modernisierung der Strecken Buenos Aires-Mar del Plata, sowie nach Rosario und Córdoba gedacht, ebenfalls an die Elektrifizierung der Strecke Retiro-Pilar.

***

Das Kfz-Unternehmen Iveco (Fiat-Konzern) hat mit der Fabrikation eines Fahrgestelles (chassis) für städtische Kleinomnibusse in ihrer Fabrik in Ferreira (Córdoba) begonnen. In Argentinien gibt es 36.000 dieser Fahrzeuge, von denen 20.000 überaltert sind und kurzfrisrtig ersetzt werden müssen. Iveco will diese Fahrgestelle auch in anderen lateinbamerikanischen Ländern verkaufen.

***

Der Export verschiedener Obstsäfte ist in 7 Monaten 04 gegenüber dem Vorjahr um 105% auf U$S6,4 Mio. gestiegen.

***

Der Bundesrichter von Neuquén, Guillermo Labaté, gab einem Schutzrekurs der Provinz statt, in dem diese forderte, dass die Erdölgebühren von 12% auf den Verkaufspreis am Ort der Förderung von den 19 Unternehmen, die in der Provinz tätig sind, auf den vollen Preis, vor Abzug der Exportsteuer, zu zahlen sind. Das bedeutet für die Provinz zusätzliche Einnahmen von $ 80 bis $ 150 Mio. jährlich. Für die Erdölunternehmen steigt die Gebühr auf den Nettopreis erheblich. Diese werden Berufung einlegen. Zunächst müssen sie jedoch zahlen.

***

Die Bank der Provinz Buenos Aires (BAPRO) hat neue Kreditlinien für mittlere und kleine Unternehmen eingeführt, mit Zinsen von 5% bis 8% jährlich und Laufzeiten von einem bis 4 Jahren. Die Provinzregierung wird den Zinssatz subventionieren. Die Unternehmen sollen die Garantie des provinziellen Fogaba erhalten, so dass auch solche Zugang zum Bankkredit haben, die für diesen nicht qualifizieren. Der Gesamtbetrag, der für diese Kredite vorgesehen ist, beträgt $ 150 Mio.

***

Das Parlament der Stadt Buenos Aires hat eine Ausgabenerhöhung beim Budget 04 genehmigt, die insgesamt $ 420 Mio. ausmacht, die sich aus dem geschätzten Überschuss ergibt. $ 110 Mio. sind für Infrastruktur bestimmt (davon $ 20 Mio. für Strassenreparaturen), $ 78,7 Mio. für Erziehung (im Wesen, um die Sozialbeiträge auf Lohnzulagen zu zahlen, die sie urpsrünglich nicht hatten) und $ 42 Mio. für Gesundheit.

***

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Rato in Buenos Aires

Knapp sieben Stunden verbrachte der Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds, Rodrigo de Rato, am vergangenen Dienstag in Buenos Aires auf einer Rundreise durch die Hauptstädte Chiles, Uruguays und Brasiliens. Den etwa hundert gewalttätige Aktivisten der extrem links angesiedelten Gruppe, genannt „Quebracho“, die rund tausend Mitglieder ausweist, lieferte der Besuch Ratos einen Vorwand, um lauthals mit Stöcken und vermummt vor dem Regierungsgebäude und dem gegenüber liegenden Amtssitz des Wirtschaftsministeriums mit zehn angezündeten Reifen zu protestieren, als sich Rato mit Minister Lavagna traf. Zeitgleich forderten die Anhänger des besonders mediensüchtigen Piquetero-Chefs Raúl Castells, der im Chaco wegen Erpressung eines Casinos in Haft sitzt, dessen Freilassung und beschuldigten Präsident Kirchner, soziale Proteste als Sache der Justiz zu verschärfen. Zum ersten Mal seit seinem Amtsantritt befahl Kirchner der Polizei, unbewaffnet mit mehreren Wasserwerfern, Gummipatronen und Tränengas den gewalttätigen Aktivisten Einhalt zu gebieten, was folgerichtig nach einer Schlägerei mit zwanzig Verletzten, darunter acht Polizisten, sowie 102 Verhafteten geschah. Ausserdem wurden Sprengbomben in zwei Bankniederlassungen und einem MacDonald-Lokal gelegt, während andere Aktivisten ebenfalls versuchten, in das Sheraton-Hotel bei Retiro einzudringen.

Der Spanier Rato ist ein Profipolitiker mit mehreren Jahren Erfahrung als erfolgreicher Wirtschaftsminister, weshalb angenommen werden darf, dass er sich durch die Kundgebungen, Schlägereien und Bomben nicht beeindrucken liess. Rato verhandelte mit Lavagna im Ministerium, mit Präsident Kirchner im Regierungsgebäude sowie mit Alfonso de Prat-Gay in der Zentralbank. Der Präsident hatte vor ihm eine Bischofsdelegation empfangen, denen er schelmisch sagte, sie seien von Gott gesandt und nachher müsse er einen vom Teufel Entsandten empfangen.

Dem Anliegen Ratos, dass der Primärüberschuss im Haushalt 2005 erhöht werden sollte, entgegnete Kirchner, nicht im Traum. Lavagna erklärte Rato zudem, dieser Tage werde der Haushaltsentwurf der nationalen Deputiertenkammer mit 3% des BIP Primärüberschuss sowie der Annahme von 4% BIP-Wachstum eingereicht werden. Laut Verfassung läuft der Termin am 15. September ab.

Rato begrüsste in einem Kommuniqué die Gesundung der Staatsfinanzen, das Wachstum der Wirtschaft, die Abnahme der Armen und die Zunahme der Beschäftigung. Seine Anregung, den Primärüberschuss anzuheben, zielt auf eine Verbesserung der Umschuldungsofferte ab. Das mag die Kürzung der 42 Tilgungsjahre auf 30 Jahre, ebenso der Karenzperiode der neuen Bonds und eine mögliche Anzahlung umfassen. Letztere könnte mit der Rückerstattung der Tilgungen an den IWF erfolgen, wofür freilich die Quartalsrevisionen vom Fondsdirektorium gebilligt werden müssen. Eine Nettotilgung der Schulden gegenüber dem Fonds lehnt Lavagna mit dem Argument ab, dass der Haushalt nur eine Kasse besitzt, mit den die Bondsgläubiger und der Fonds zu bezahlen sind. Beide gleichzeitig zu bedienen, sei nicht machbar.

Die sogenannten Strukturreformen, mit deren Umsetzung die Regierung gegenüber dem Fonds im Verzug ist, kamen in den Verhandlungen Ratos mit Regierungsvertretern ebenfalls zur Sprache. Die Tarife öffentlicher Dienste und die Rahmenbedingungen für künftige Investitionen privatisierter Unternehmen, darunter mehrere aus Spanien, wurden von Rato angesprochen, während sich die Regierung schwer tut, nur einige Tarife leicht anzuheben, nur zwei neue Konzessionsverträge von 59 ausgehandelt zu haben, und den Stromgesellschaften unterstellt, dass sie die Regierungsschulden in ein neues E-Werk investieren, anstatt ihr Defizit zu decken, das durch den Zwangskauf teuren venezolanischen Heizöls anstatt billigen Erdgases entstanden ist.

Die Reform der Beteiligungssteuern (Spanisch „impuestos coparticipados“) wurde in den Verhandlungen ebenfalls angesprochen. Kirchner und Lavagna wiesen auf unüberbrückbare politische Hindernisse hin, die der Reform im Wege stehen. Hiermit wurde die Forderung der Provinzregierung von Buenos Aires angesprochen, ihren Anteil an den Bundessteuern um ganze 8 Prozentpunkte zu Lasten der Nationalregierung anzuheben, ebenso wie andere Gouverneure pausenlos höhere Anteile fordern. Das Ergebnis dieser Übung würden geringere Steueranteile der Nationalregierung sein, die den Primärüberschuss in Frage stellen würden. Insofern erscheint die Forderung Ratos abwegig, dass die Regierung die Steuerbeteiligung reformiert. Dagegen zeigt die Regierung auf das jüngste Gesetz über die Fiskaldisziplin der Gliedstaaten, deren Finanzen zu-

dem deutliche Fortschritte und Überschüsse in den meisten Provinzen ausweisen.

Rato interessierte sich in der Zentralbank für die versprochenen Reformen der Staatsbanken Nación und Provincia de Buenos Aires. Das Staatskapital beider Banken soll laut Prat-Gay um angebliche $ 1,9 Mrd. bzw. $ 1,5 Mrd. angehoben werden, was freilich mit entsprechenden zusätzlichen Ausgaben des nationalen Schatzamtes bzw. der Provinzregierung von Buenos Aires einher gehen müsste.

Immerhin weigerte sich Rato nicht, dem Gesuch der Regierung stattzugeben, mehrere Tilgungen für rund U$S 1,0 Mrd. bis Ende 2004 auf 2005 zu verschieben. Das Gesuch werde geprüft werden, antwortete Rato. Die Rückerstattung der seit Anfang 2004 geleisteten Tilgungen, wie sie im Standby-Abkommen von 2003 vorgesehen ist, bedarf freilich der ausstehenden Billigung der Quartalsrevisionen durch das Fondsdirektorium. Das Abkommen gilt nach wie vor, nur diese Revisionen wurden verschoben, ohne dass Rato mitgeteilt hätte, wann er sie dem Direktorium auf dessen Tagesordnung setzt. Das dürfte von der Zustimmung der Inhaber von Bonds in Default auf die Umschuldungsofferte abhängen. Rato sagte, die bisherigen Umschuldungen nach einem Default seien von etwa 90% der Gläubiger angenommen worden. Für Argentinien erwarte er etwas weniger, was so viel wie rund 80% bedeuten würde.

Die Umschuldungsofferte muss von der Wertschriftenkommission der USA (SEC) formell genehmigt werden, was angeblich im laufenden Monat geschehen soll. Darauf folgt eine Reise der Spitzenbeamten des Wirtschaftsministeriums zur Vorstellung der Offerte, Englisch genannt „road show“, so dass mögliche Verbesserungen der Offerte danach vorgeschlagen werden könnten. Erst dann, möglicherweise gegen Jahresende, dürfte man erfahren, woran man sich diesbezüglich zu halten hat. Unterdessen wird weiter verhandelt, wie der Blitzbesuch Ratos in Buenos Aires abermals gezeigt hat.

Neuverschuldung nach der Abwertung

Nach einem dieser Tage veröffentlichten Kommuniqué des Wirtschaftsministeriums betrug die Neuverschuldung des Nationalstaates per Ende 2003 nach der Abwertung in zwei Jahren U$S 28,1 Mrd., immerhin im Durchschnitt rund U$S 14 Mrd. im Jahr, gemessen am geschrumpften Bruttoinlandsprodukt mehr als 10%.

Diese gewaltige Neuverschuldung in den beiden Jahren 2002 und 2003 beruhte zum grössten Teil auf der Ausgabe neuer Staatsbonds, die im Kommuniqué mit U$S 28,5 Mrd. ausgewiesen wurde. Davon entfielen auf sogenannte Boden für Banksparer U$S 6,0 Mrd., Boden als Entschädigung für Banken U$S 8,3 Mrd., Bocon-Bonds zugunsten sonstiger Gläubiger für U$S 853 Mio., ein Konsoldierungsbonds zugunsten der Zentralbank als Deckung einer Geldschöpfung für U$S 362 Mio., ferner Boden-Bonds mit Wertberichtigung CER zur Finanzierung der Wiederherstellung von 13% Gehalts- und Rentenkürzungen für U$S 873 Mio., Boden-Bonds mit Wertberichtigung CER als Dekkung der Geldschöpfung der Zentralbank zugunsten der Provinzen zwecks Tilgung der quasimonetären Bonds für U$S 2,4 Mrd. und ein Garantiebonds der Provinzen für U$S 9,6 Mrd.

Diese Zusammenstellung zeigt im Nachhinein, wie gewaltig die Finanzkosten der Abwertung mit asymmetrischer Pesifizierung gewesen sind, die künftigen Steuerzahlern mit der Ausgabe der Bonds aufgebrummt werden. Steuerzahler kommen für die Zinsen und Tilgungen auf. Ohne asymmetrische Pesifizierung, wie sie beispielsweise in Mexiko nach der Tequila-Krise von Ende 1994 bei einer ähnlichen Abwertung von drei zu eins wie in Argentinien füglich unterlassen wurde, wären die Kosten der Abwertung von Gläubigern und Schuldnern getragen worden, nicht von künftigen Steuerzahlern, die daran unschuldig sind.

Andererseits hat die Pesifizierung mit Wertberichtigung CER laut Kommuniqué einen Schuldenabbau von U$S 14,2 Mrd. bewirkt, indem auf der einen Seite die Schulden um U$S 22,0 Mrd. zurückgegangen sind, aber andererseits die Wertberichtigung CER eine Zunahme von U$S 7,3 Mrd. bewirkt hat, zu der sich die Wertberichtigung des Globalbonds mit Dollarklausel für U$S 477 Mio. gesellt.

Die Staatsschulden wuchsen derweil in zwei Jahren um U$S 13,9 Mrd. als Folge unbezahlter Zinsen für U$S 9,9 Mrd. und kapitalisierter Zinsen für U$S 3,9 Mrd. Desgleichen stehen noch Bondsausgben für früheres YPF-Personal per Ende 2003 für U$S 263 Mio. aus.

Die angegebenen Posten machen eine Staatsschuld per Ende 2003 von U$S 172,6 Mrd. aus. Hinzu kommt eine offenbar freiwillige Neuverschuldung in zwei Jahren von U$S 6,1 Mrd. im Gegensatz zu den erwähnten Zwangsverschuldungen, dazu die Vorschüsse der Zentralbank für U$S 2,8 Mrd. und die Zunahme der Schulden als Folge der Aufwertung des Euro, Yen, Schweizer Frankens und Pfund Sterlings, bezogen auf U$S, für U$S 8,7 Mrd., abzüglich der Tilgungen gegenüber den Washingtoner Finanzanstalten für U$S 3,3 Mrd. und sonstiger Amortisationen für U$S 2,0 Mrd.

Als Schlusszahl dieser komplizierten Übung verbleibt eine Staatsschuld von U$S 178,8 Mrd. per Ende 2003, welche Zahl sich mit den gängigen Schätzungen von rund U$S 180 Mrd. durchaus deckt. Die Schuldenquote liegt somit weit über dem BIP und entspricht mehr als vier Exportjahren. Das belastet die Nachhaltigkeit der argentinischen Wirtschaft, solange die erwartete Umschuldung der Bonds in Default mit Kapitalschnitt oder mit Deckung durch Null-Koupon-Bonds der USA die verbleibende Staatsschuld nicht auf vertretbare Masse verringert. Das bleibt vorerst abzuwarten. Unterdessen belastet diese Hypothek wachsender Neuverschuldung die argentinische Wirtschaft und lähmt das Vertrauen, ohne welches die Wirtschaft nicht nachhaltig mit frischen Investitionen wachsen kann.

Immer mehr neue Staatsunternehmen

Planungsminister Julio de Vido stellte Ende der Vorwoche ein Projekt über die Bildung eines Satellitenunternehmens mit dem Namen AR-Sat vor, an dem der Staat mit einer „Goldaktie“ in Form eines Kapitalanteils von 5% beteiligt sein würde. Dies bedeutet, dass der Staat Vetorecht bei Entscheidungen hat, was das Unternehmen für private Aktionäre weniger interessant macht. Aktien Klasse B sollen unter Unternehmen ausgeschrieben werden, die das Unternehmen leiten sollen. Aktien Klasse C und Obligationen sollen beim Publikum untergebracht werden. Insgesamt wurde das Projekt auf U$S 226 Mio. geschätzt. Verbindungssekretär Guillermo Moreno fügte hinzu, dass sich mehrere lokale Banken für die Unterbringung der Obligationen interessiert hätten, was jedoch ein normales Bankgeschäft ohne Kapitaleinsatz noch Risiko ist. Von Zeichnung der Aktien und Obligationen sagte er jedoch nichts.

Der Satellit, den das Unternehmen betreiben soll, wird die Orbit 81 besetzen, die 1998 der Firma Nahuelsat zugeschlagen worden war, was vor kurzem ausser Kraft gesetzt wurde. Nahuelsat behält jetzt nur den ersten und kann nicht expandieren, wie das Unternehmen es beabsichtigte. Diese Orbit deckt praktisch Lateinamerika und zumindest einen Teil der USA. Moreno wies darauf hin, dass Nahuelsat auch berechtigt sei, sich an der Ausschreibung für den neuen Satelliten zu beteiligen, was die Firma jedoch peinlich vermeiden dürfte.

Der Bau des Satelliten soll von INVAP durchgeführt werden, ein Staatsunternehmen, das vornehmlich auf dem Gebiet der Atomenergie tätig ist, aber angeblich auch schon Wettersatelliten gebaut haben soll. Den Transport des Satelliten in die Erdatmosphäre sollen chinesische Unternehmen durchführen, worüber angeblich bei der China-Reise Kirchners verhandelt worden sei.

Das ganze klingt wie ein Hirngespinst. Ausländische Kapitalgeber dürfte es kaum geben, nicht nur weil das Projekt als solches nicht attraktiv ist, sondern weil Argentinien gegenwärtig nicht interessiert. Im Inland dürfte es noch weniger Interessenten geben. Eventuell findet sich jemand mit einem bescheidenen Kapitalbeitrag, weil er dabei andere Interessen schützen will. In diesem Sinn wurde Eduardo Eurnekian erwähnt, Inhaber der Flughafenkonzession (Aeropuertos Argentina 2000).

Ein lokal gebauter Satellit, bei einer so komplizierten Spitzentechnologie wie dieser, macht das Projekt noch weniger anziehend. Auf der ganzen Welt sind nur wenige Unternehmen auf diesem Gebiet tätig, mit Boeing Satellite Systems (ehemals Hughes Electric) als absoluter Marktführer.

Vorher hat die Regierung schon das Projekt des Energieunternehmens Enarsa vorangetrieben, dessen Sinn kaum verständlich erscheint. In allen Fällen schwebt der Regierung vor, bei diesen Tätigkeiten direkt mitzumischen und

auf diese Weise Wirtschaftspolitik zu betreiben. Das ist jedoch bei Unternehmen, die zunächst kein Kapital haben, abwegig. Es war die Rede von Meeresforschung, was jedoch besonders umfangreiche Mittel erfordert und mit hohem Risiko beladen ist. Argentinien ist kein Erdölland, wie es die arabischen Staaten, Venezuela, Mexiko u.a. sind, sondern ein Land mit Erdöl, wobei die Forschung nach neuen Reserven, am Land oder auf dem Meer, sehr kompliziert und kostspielig geworden ist. Auch bestehen Zweifel, ob schliesslich viel Erdöl oder Gas gefunden wird.

Vorher war schon das Luftfahrtunternehmen Lafsa gegründet worden, das die ehemaligen Gesellschaften LAPA und Southern Winds betreibt und auf diese Weise deren Zusammenbruch verhindert hat. Das erfordert jedoch hohe Zuschüsse der Staatskasse und stellt unlauteren Wettbewerb gegenüber Aerolineas Argentinas dar. Wie dieses Abenteuer endet, ob mit Schliessung oder Reprivatisierung, sei vorerst dahingestellt.

Jetzt wurde engekundigt, dass die seit 1984 stillgelegte Marinewerft Domecq García am Hafen von Buenos Aires, für die Instandsetzung von Unterseebooten eingesetzt werden soll, darunter auch das U-Boot “San Luis”, das schon ausrangiert worden war, nachdem es als unbrauchbar eingestuft worden war. In der Halle des Gebäudes sollte seinerzeit unter Mitwirkung der Deutschen Thyssen Nordseewerke ein U-Boot gebaut werden, was jedoch auf halber Strecke aufgegeben wurde, nachdem keine finanziellen Mittel mehr vorhanden waren und Thyssen nicht bereit war, sie beizutragen. Präsident Menem hatte seinerzeit bei einem Deutschland-Besuch den Thyssen-Vertretern angeboten, das ganze Werk zu übernehmen, was jedoch höflich abgelehnt wurde. Die Inbetriebnahme dieser Werft wird dem Schatzamt auch Geld kosten.

Bei dieser Tendenz zu neuen Staatsbetrieben taucht der Verdacht auf, dass die Regierung schliesslich bei den privatisierten öffentlichen Dienstleistern auf eine kalte Verstaatlichung (lies Konfiskation) hinzielt, indem sie Bedingungen beibehält oder schafft, die den Fall für private Unternehmen uninteressant oder gar unmöglich machen.

Das ganze ist ein Anachronismus, eine unmögliche Rückkehr in die Vergangenheit. Das Geld, das der Staat früher für Staatsunternehmen aufwendete wurde unter Menem für soziale Zwecke eingesetzt, an erster Stelle zur Zahlung der Renten, die als Folge der Alterung der Bevölkerung immer mehr Mittel beanspruchen, dann aber auch für Erziehung, Gesundheit und allerlei Sozialprogramme. Unter Duhalde kamen dann noch die Subventionen für arbeitslose Familienvorstände hinzu. Die Staatsausgaben lassen sich gesamthaft kaum erhöhen, da keine Möglichkeit besteht, die Steuerlast stark zu erhöhen und andere Möglichkeiten, wie sie früher bestanden, besonders Auslandsverschuldung, sehr beschränkt sind. Staatsausgaben für Unternehmen gehen unvermeidlich zu Lasten der Sozialausgaben. Das wäre besonders für eine peronistische Regierung peinlich, nachdem für Perón die soziale Gerechtigkeit das unabänderliche Leitmotiv seiner Wirtschaftspolitik war.

Abgesehen davon ist Argentinien gezwungen, besonders effizient zu wirtschaften, um mit geringen Investitionen wachsen zu können. Und Staatsunternehmen sind immanent ineffizient, was in Argentinien wie in kaum einem anderen Land nachgewiesen worden ist. Was viele nicht begreifen, ist dass dies nicht anders sein kann, weil Staatsunternehmen unvermeidlich politisiert werden, sich an starre Normen halten müssen und wegen ihrer Eigenart nicht entfernt die Dynamik haben können, die Unternehmen innewohnt, ganz besonders in diesen schnelllebigen Zeiten. Deshalb wurde in den 90er Jahren in vielen Ländern stark privatisiert.

Argentinischer Aussenhandel

In Mio. Dollar

	Ausfuhren		Einfuhren		Saldo	
2003						
Juli	2835	(2.264)	1.259	(811)	1.575	(1.453)
August	2.346	(2.188)	1.135	(762)	1.191	(1.426
September	2.369	(2.307)	1.318	(791)	1.051	(1.588
Oktober	2.436	(2.274)	1.440	((876)	996	(1.398)
November	2447	(2.180)	1.336	(809)	1.112	(1.371)
Dezember	2.452	(1.992)	1.508	(785)	944	(1.207)
2004						
Januar	2.279	(2.191)	1.599	(799)	680	(1.391)
Februar	2.386	(2.124)	1.599	(799)	1.037	(1.347)
März	2.620	(2.241)	1.678	(926)	942	(1.316)
April	3.025	(2.461)	1.638	(1.110)	1.387	(1.351)
Mai	3.350	(2.785)	1.779	(1.085)	1.571	(1.700)
Juni	2.907	(2.878)	2.025	(1.141)	882	(1.738)
Juli	2.992	(2.835)	1.957	(1.259)	1.035	(1.575)

Quelle: Indec, Vorjahr (...), * Provisorische Zahlen